

Sprüche des Tages

«Wir sollen das Fell zerlegen, bevor der Bock geschossen ist.»

CVP und SP warnten stets, man kaufe «die Katze im Sack», wenn die Aufgaben- und Finanzreform nicht vertagt werde. Bei **Hans Stutz** (Grüne, Luzern) musste fürs selbe Anliegen ein anderes Felltier hinhalten.

«Mir fehlen die Worte, ich werde etwas kitzlig.»

So drückte Baudirektor **Robert Küng** (FDP) seine Entrüstung über eine Aussage von SP-Kantonsrat **Marcel Budmiger** aus. Der Stadtluzerner hatte behauptet, die Überprüfung des Projekts Spange Nord werde keine neuen Varianten zutage fördern.

«Ich habe es nicht fertiggebracht, dass meine Kinder am Sonntag noch in die Kirche gehen.»

Das grosse Geständnis – Teil I: SVP-Kantonsrat **Beat Meister** (Hochdorf) legte zur Debatte über das Sportverbot an hohen Feiertagen fast eine Beichte ab.

«Ich tanze nie.»

Das grosse Geständnis – Teil II: GLP-Kantonsrat **Urs Brückler** (Meggen) stellte klar, dass er bei der Aufhebung des Tanzverbots keine Eigeninteressen vertritt.

«Wie viele Sätze brauchen Sie?»

Das fragte Ratspräsidentin **Hildegard Meier-Schöpfer** (FDP, Willisau) SP-Kantonsrat **Marcel Budmiger**, der zu seinem Vorstoss über die Theaterplanung keine Diskussion wünschte. Budmigers Antwort: Er redete einfach drauflos.

Kantonsrat verlängert Frist

Prämienverbilligung Erfolg hatte die Luzerner Regierung gestern mit ihrem Anliegen, die Frist für die Behandlung der SP-Volksinitiative «Sichere Prämienverbilligung – Abbau verhindern» auf Ende Februar 2020 zu verschieben. Der Kantonsrat befürwortete die Fristverlängerung mit 84 zu 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Grund für den Antrag ist, dass die Regierung ein Bundesgerichtsurteil abwarten will, in dem es um die Einkommensgrenze für die Ausrichtung von Prämienverbilligungen im Jahr 2017 geht. Ohne Fristverlängerung hätte die Regierung ihre Botschaft zur Initiative bis Ende Februar 2019 vorlegen müssen. Bis dahin wäre aber besagtes Bundesgerichtsurteil kaum eingetroffen.

Die SP war laut Yvonne Zemp Baumgartner (Sursee) der Ansicht, dass die Regierung die Botschaft unabhängig vom Urteil des höchsten Gerichts hätte ausarbeiten können. (nus/fi)

Für Umfahrungen Turbo gezündet

Verkehr Der Luzerner Kantonsrat heisst das Bauprogramm 2019–2022 für die Kantonsstrassen gut. Dabei will er bei drei Umfahrungen die Planung beschleunigen – entgegen dem Ansinnen der Regierung.

Evelyne Fischer

evelyne.fischer@luzernerzeitung.ch

Auf der Luzerner Landschaft gibt es Grund zum Jubeln: Mit jeweils grossen Mehrheiten hat der Kantonsrat gestern beim Beraten des Bauprogramms für die Kantonsstrassen 2019–2022 das Anpacken der Umfahrungen von Wolhusen, Hochdorf und Eschenbach beschleunigt. Konkret hat die vorberatende Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Rolf Bossart (SVP, Schenkon) erfolgreich beantragt, insgesamt 6,3 Millionen Franken für die Planung der Umfahrungen in den Topf A zu verschieben.

Zur Erinnerung: Im Topf A sind Projekte, die bis 2022 geplant oder gebaut werden. In den Topf B kommen zu planende Vorhaben. Der Rest befindet sich in Warteposition im Topf C.

Baudirektor mahnt zur Bescheidenheit

Während bürgerliche Kantonsräte wie Pius Kaufmann (CVP, Wiggen) oder Guido Bucher (FDP, Flühl) für die «Grossprojekte auf der Landschaft» weibelten, opponierten SP, Grüne stets einstimmig und die GLP mehrheitlich gegen die vorgezogenen Planungsgelder. Auch Baudirektor Robert Küng (FDP) war über die Pläne der Mehrheit der Parlamentarier nicht erfreut. «Sie sind äusserst grosszügig, zu grosszügig», sagte der Regierungspräsident. Angesichts der zur Verfügung stehenden Ressourcen sei es nicht sinnvoll, noch mehr in den Topf A hineinzupacken. «Machen Sie uns dann bitte in vier Jahren nicht den Vorwurf, man habe die 6,3 Millionen Franken nicht aufgebraucht.»

In Kürze nun einige Stichworte zu besagten Strassenprojekten:

– **Umfahrung Wolhusen:** 110 Millionen Franken soll das



Mit einer Umfahrung soll das Zentrum von Beromünster vom Verkehr entlastet werden.

Bild: Boris Bürgisser (5. April 2013)

Projekt kosten, nun wurden 2,3 Millionen Franken für die Planung in Topf A eingestellt, ursprünglich befanden sich 1,8 Millionen in Topf B. Gegen diese Verschiebung votierte etwa Daniel Keller (SVP, Udligenswil) – entgegen der Mehrheit seiner Fraktion. Denn der Tunnel bringe nur eine Entlastung von 21,5 Prozent.

– **Umfahrung Hochdorf:** Bekannt sind bislang die Planungskosten von 2,5 Millionen Franken. Mit dem Argument des Kulturlandverlustes lehnten es etwa Jo-

sef Schuler (SP, Hitzkirch) und Markus Odermatt, (CVP, Ballwil) ab, 2 Millionen vom Topf B in den Topf A zu verschieben.

– **Umfahrung Eschenbach:** Auch hierzu wurden bislang einzig Planungskosten von 2,5 Millionen Franken angegeben.

Umfahrung Beromünster: Petition bleibt ohne Wirkung

Zu reden gab überdies eine weitere Umfahrung: So hat der Kantonsrat die Petition «Für Alli s' Best – nämlich Umfahrig West!» für die Entlastung des Fleckens

Beromünster zwar zur Kenntnis genommen, diesem Wunsch könne aber nicht stattgegeben werden, sagte VBK-Präsident Rolf Bossart. Das 60-Millionen-Projekt der Ost- und Westumfahrung bedinge eine Volksabstimmung. Derweil versuchte SP-Kantonsrätin Yvonne Zemp Baumgartner (Sursee), die für die Umfahrung von Beromünster in Topf A eingestellten Gelder in den Topf B zu verschieben. Das Projekt sei aktuell zu teuer, der Verkehr werde bloss verlagert. Momentan sei das Projekt noch nicht «Für Alli s' Best», so Zemp.

Ihr Antrag wurde aber mit 87 zu 22 Stimmen bei einer Enthaltung abgeschmettert.

In der Schlussabstimmung ist das Bauprogramm für die Kantonsstrassen von 2019–2022 mit 104 zu 7 Stimmen bei einer Enthaltung gutgeheissen worden. Keinen Zuspruch gab's von den Grünen. Das Bauprogramm umfasst rund 200 Projekte, 87 kamen neu hinzu. Insgesamt stehen gemäss Aufgaben- und Finanzplan jährlich zwischen 54,7 und 58,7 Millionen Franken zur Verfügung (Ausgabe vom 12. September).

Volle Wahlhilfe für Jugendliche

Politikbeteiligung Die Regierung muss 18- bis 20-Jährige mit der Wahlhilfe easyvote bedienen – und zwar mit der kompletten Version.

Dass sich Jugendliche weniger stark an Abstimmungen und Wahlen beteiligen als ältere Mitbürger, ist unbestritten. Mit ein Grund dafür sind nicht jugendliche berechnete Unterlagen. Das hat der Dachverband der Schweizer Jugendparlamente schon vor Jahren erkannt und dafür die in einfacher Sprache gehaltene Wahlhilfe easyvote geschaffen. 13 der 83 Luzerner Gemeinden setzten 2017 easyvote ein.

Das sind zu wenige, fand SP-Kantonsrat Jörg Meyer im Mai – und forderte in einem Postulat Abhilfe. Demnach soll die Regierung mindestens für 2019 ein Jahresabo von easyvote für alle Stimmberechtigten zwischen 18 und 20 Jahren lösen. Das sind knapp 14 000 Luzerner.

Regierung plädierte für billigere Videos

Die Regierung kann Meyers Argument im Grundsatz nachvollziehen, wie sie in ihrer Antwort auf den Vorstoss des Adligens-

wiler Politikers festhält. Nur: Die Kosten von 50 000 Franken seien zu hoch. Die aktuellen Gelder würden «bei weitem nicht ausreichen», so die Exekutive. Sie beantragte dem Kantonsrat deshalb die teilweise Erheblicherklärung des Postulats. Statt die kompletten easyvote-Wahlunterlagen zu verschicken, seien Videos zu produzieren. Kostenpunkt: bloss 7500 Franken.

Das Parlament bestand gestern jedoch auf der vollständigen Erheblicherklärung des Vorstosses – mit 55 zu 50 Stimmen jedoch relativ knapp. Lediglich für die teilweise Überweisung votierten FDP und SVP, vertreten von ihren Mitgliedern Maurus Zeier (Luzern) und Guido Müller (Ebikon).

Für die vollständige Überweisung des Vorstosses setzten sich neben Meyer auch CVP-Sprecher Roger Zurbruggen (Neuenkirch), die Grüne Christina Reusser (Ebikon) sowie GLP-Sprecherin Claudia Huser Barmettler aus Luzern ein. Huser sagte, es sei

«das Mindeste, den Jugendlichen easyvote in Papierform zur Verfügung zu stellen». Exakt dies muss die Regierung nun prüfen.

Frauenanteil soll in Wahlunterlagen stehen

Auch SP-Fraktionschefin Ylfete Fanaj (Luzern) konnte gestern einen Erfolg verbuchen: Der Kantonsrat erklärte ihr Postulat über die Darstellung des Geschlechteranteils im Kantonsrat in den Wahlunterlagen mit 70 zu 21 Stimmen für erheblich. Die Regierung wird nach diesem Entscheid prüfen müssen, wo und in welcher Form die Stimmberechtigten über den Geschlechteranteil aufgeklärt werden. Die Exekutive tut dies allerdings freiwillig, da sie die teilweise Erheblicherklärung beantragte.

Aktuell beträgt der Frauenanteil im Luzerner Kantonsrat 26 Prozent – 31 der 120 Parlamentsmitglieder sind Frauen. Am höchsten war der Frauenanteil mit 31 Prozent im Jahr 2011. (nus)

Tanzverbot soll endlich weg, Sportverbot gilt weiterhin

Vorstösse Die SP will gewisse Regeln für hohe Feiertage lockern – das Parlament stimmt dem nur bedingt zu.

Formell existiert das Tanzverbot im Kanton Luzern zwar seit 2010 nicht mehr. Im einen Paragrafen des Gastgewerbesetzes aber heisst es «Am Karfreitag, am Ostersonntag, am Pfingstsonntag, an Weihnachten sowie am Aschermittwoch werden keine Verlängerungen für öffentlich zugängliche Anlässe erteilt.» Mittels Motion wollte David Roth (SP, Luzern) diesen Missstand beheben. Denn mit der aktuellen Regelung sei der Kantonsrat auf «halber Strecke stehen geblieben».

Die Regierung wollte Roths Motion nur als Postulat erheblich erklären. Das Anliegen sei anlässlich einer nächsten Gesetzesrevision zu prüfen. Die Mehrheit des Kantonsrats sah dies gestern gleich und wandelte die Motion Roths mit 67 zu 33 Stimmen bei 1 Enthaltung in ein Postulat um. Dieses wurde mit 68 zu 32 Stimmen bei 1 Enthaltung überwiesen. Gegen die endgültige Aufhebung des Tanzverbots sprach

sich eine Minderheit der CVP und der Grossteil der SVP aus.

Grümpeltturnier an Pfingsten bleibt undenkbar

Keine Chance hatte derweil Hasan Candan (SP, Luzern): Ebenfalls in einer Motion verlangte er eine Änderung des Ruhetags- und Ladenschlussgesetzes. Damit sollten Sportveranstaltungen am Karfreitag, Ostersonntag, Pfingstsonntag, Eidgenössischen Bettag sowie am Weihnachtstag erlaubt werden. «An diesen Tagen kann ich ins Kino gehen, aber ein Grümpeltturnier ist verboten. Das ist doch ein Widerspruch», so Candan. Gegen die Aufhebung des Sportverbots war SVP-Regierungsrat Paul Winiker. Denn dies würde höhere Ausgaben bei der Sicherheit nach sich ziehen.

Der Vorstoss wurde mit 79 zu 21 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. CVP und SVP votierten geschlossen dagegen, die FDP mehrheitlich; die SP war knapp dafür, Grüne und GLP klar. (fi)